

Datum

1. März 2017

**Das Gemeinwohl zuerst – weltweit
Justitia et Pax ZWISCHENRUFEN im Wahljahr 2017**

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax, getragen von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, begleitet mit Zwischenrufen aktuelle Fragen im Wahljahr 2017. „In sieben Zwischenrufen für eine gemeinwohlorientierte Politik wollen wir die öffentliche Aufmerksamkeit auf die großen Herausforderungen in Deutschland, in Europa und weltweit lenken.“ So kündigt Bischof Dr. Stephan Ackermann, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax, gemeinsam mit Prof. DDr. Thomas Sternberg, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) heute die Initiative zum Wahljahr 2017 an.

In einem ersten „Zwischenruf“ betonen Bischof Ackermann und Präsident Sternberg, dass der Blick über den Tellerrand hinaus lebensnotwendig sei, sowohl in der Analyse von Bedrohungen und Abwehr von Gefahren als auch im Einsatz für eine gerechte und friedliche Entwicklung weltweit. „Ein gutes Leben für alle, saubere Luft, Sicherheit und Wohlstand können wir nur erreichen und nachhaltig sichern, wenn wir das Gemeinwohl an die erste Stelle setzen und zwar das globale Gemeinwohl“, so Bischof Ackermann und Prof. Sternberg in ihrem gemeinsamen Statement.

In dieser Perspektive gelte es, die Anliegen von Frieden und Sicherheit, von Menschenrechten sowie von Entwicklung und Migration anzugehen. Die Fluchtursachenbekämpfung dürfe nicht zur Bekämpfung von Flüchtlingen werden. Junge Menschen in Afghanistan, in Nigeria oder anderen afrikanischen Ländern, aber auch in der Europäischen Union, wie etwa Rumänien und Griechenland, müssten die Chance auf qualifizierte Ausbildung und menschenwürdige Arbeit haben, so dass sie sich und ihre Familien davon ernähren können. Diese Themen sollten die internationale Debatte prägen, nicht die Frage nach einer möglichst wirksamen Abwehr von Menschen.

„Wir stellen uns gegen einen Wahlkampf zu Lasten von Minderheiten, wir sprechen uns aus gegen Diskriminierung und rassistische Hetze. Der Hass von Wenigen darf nicht die Atmosphäre der gesamten politischen Debatte



bestimmen und Extremismus, Aggression und Feindschaft unter uns verbreiten. Politische Debatten sollen sachlich klar und respektvoll im Umgang miteinander ausgetragen werden“, so Bischof Ackermann und Prof. Sternberg.